

GASTKOMMENTAR

Lukas Weber

Energiepolitik: Die Schweiz sollte sich nicht selbst verkleinern

Der Bundesrat schickt demnächst seine Klimapolitik nach 2030 in die Vernehmlassung. Was wie eine technische Fortschreibung aussieht, ist in Wahrheit eine Weichenstellung. Die Erfahrung mit der Energiewende sollte uns warnen.

29.07.2026, 05.25 Uhr ⌚ 3 Leseminuten



Die Schweiz beschloss mit der Energiestrategie 2050 einen strategischen Umbau.

Olivier Maire / Keystone

Im Herbst 2026 soll die Revision des CO₂-Gesetzes für die Zeit nach 2030 in die Vernehmlassung gehen. Das Ziel steht bereits fest: Die Schweiz soll bis 2050 Netto-Null erreichen, mit einem Zwischenschritt bis 2040,

bei dem die Emissionen gegenüber 1990 um drei Viertel gesenkt werden sollen.

Der Weg dorthin ist noch offen, doch der Bundesrat hat ihn in seinen Plänen bereits umrissen: ein ausgeweiteter Emissionshandel, ein rechtlicher Rahmen für die Entnahme und die Speicherung von CO₂, keine neuen Abgaben. Das klingt nach Augenmass. Doch schon die diskutierte Richtung verfestigt einen Kurs, der kaum mehr umkehrbar ist, sobald sich Verwaltung, Investitionen und internationale Bindungen darauf eingestellt haben.

Viel Aufwand, keine Wirkung

Diese Vernehmlassung wiegt somit schwerer, als ihr nüchterner Titel vermuten lässt. Wer das Ziel nicht prüft, prüft auch den Preis nicht. Und der Preis lässt sich beziffern: Der Anteil der Schweiz an den globalen Emissionen liegt bei einem Tausendstel. Selbst wenn die Schweiz ihren Anteil halbiert, sinken die weltweiten Emissionen nur um ein Zweitausendstel – ein Wert, der weder messbar noch klimawirksam ist.

Dem steht ein realer Aufwand gegenüber: eine CO₂-Abgabe von 120 Franken je Tonne (eine der höchsten der Welt) und rund 2 Milliarden Förderfranken im Jahr. Die Langfristperspektiven des Finanzdepartements gehen davon aus, dass die Dekarbonisierung das Wachstum und die Löhne dämpft und dem Staat mit der Mineralölsteuer eine seiner verlässlichsten Einnahmequellen wegbricht. Der Nutzen ist global nicht nachweisbar, die Last im Leben der Menschen ist jedoch bereits spürbar.

Die Klimapolitik macht unser Land ärmer, unfreier und rückständiger. Ärmer, weil eine Wirtschaft, die im Alleingang Kosten trägt, die ihre Konkurrenten nicht kennen, an Substanz verliert. Unfreier, weil das Wesentliche nicht mehr im Gesetz steht, sondern in Verordnungen, in übernommenem EU-Recht und in Strassburger Urteilen wie jenem zugunsten der Klimaseniorinnen, das den Klimaschutz über unsere Volksrechte stellt. Rückständiger, weil eine Politik, die bestimmte Technologien vorschreibt und Alternativen benachteiligt, das Land an die Lösungen von gestern bindet.

Der falsche Massstab

Das eigentliche Problem ist jedoch nicht die Wahl der Mittel, sondern der Massstab. Die heutige Klimapolitik misst sich daran, wie weit sie den menschlichen Eingriff in die Natur zurückdrängt. Sie sollte sich aber daran messen, ob sie den Menschen dient – nach diesem Massstab fällt nicht nur der Weg, sondern auch das Ziel durch.

Die Energiepolitik sollte uns als Lehrstück dienen. Vor neun Jahren beschloss die Schweiz mit der Energiestrategie 2050 den Ausstieg aus der Kernenergie und die Wette auf Wind und Sonne. Heute, angesichts der Sorge um die Stromversorgung im Winter, mehren sich die Stimmen, die diese Weichenstellung für das halten, was sie war: eine strategische Abkehr von einer sicheren und günstigen Energieversorgung. Die Reue kommt spät, aber sie kommt.

Energie lässt sich mit Mühe und Geld neu beschaffen. Verlorenen Wohlstand, abgewanderte Industrie und ausgehöhlte Volksrechte gewinnt die Schweiz jedoch nicht so leicht zurück. Andere Staaten korrigieren ihre Klimapolitik bereits (Schweden, Grossbritannien, Kanada). Das Muster ist überall dasselbe: Den Anstoss gaben nicht neue

Klimadaten, sondern die wachsende Belastung im Alltag. Eine Korrektur ist also nicht extrem, sondern normal.

Die Schweiz hat mit dem Stimmbürger das beste Instrument dafür, wie das Nein zum Klimafonds zu Beginn dieses Jahres gezeigt hat. Die Vernehmlassung zur Klimapolitik nach 2030 bietet die Gelegenheit, die Kosten aufzuzeigen, bevor die Weichen endgültig gestellt sind. Unser Land braucht keine Politik, die es im Namen eines unerreichbaren Ziels verkleinert, sondern eine Politik, die das Wohlergehen der Menschen wieder ins Zentrum stellt.

Lukas Weber gründete das Bündnis Alliance Energie und war Mitinitiant des Referendums gegen die Energiestrategie 2050.